

**4313 POLITISCHE GEFANGENE IN DER TÜRKEI**

**W**ährend konservative Politiker in den westeuropäischen Staaten sich darum bemühen, die Rückkehr der Türkei in den Schoß der Demokratien zu verherrlichen, gab der türkische Justizminister vor kurzem in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage zu, daß in den 639 zivilen Gefängnissen der Türkei 2957 politische Gefangene (neben 46892 Gemeinverbrechern) einsitzen. In den 5 militärischen Gefängnissen, deren Übergabe an die Zivilgewalt in Vorbereitung ist, sitzen weitere 1356 Gefangene, die wegen ihrer politischen Haltung zur Zeit des Ausnahmezustands (1978-87) verurteilt worden sind. 3628 dieser 4313 politischen Gefangenen kommen von der Linken, 644 von der extremen Rechten. Nach Angaben der türkischen Menschenrechtsorganisation sitzt keiner mehr wegen gewerkschaftlichen Aktivitäten in Haft. Seit dem Staatsstreich vom 12.9.1980 bis 1984 sind 50 Todesurteile vollstreckt worden, davon 29 an politischen Gefangenen. Weitere 150 Gefangene starben im Gefängnis wegen schlechter Behandlung, inklusiv Folter. Rechtsanwälte behaupten, letztere sei bis heute nicht völlig aus der Praxis der Verhöre durch den Staatssicherheitsdienst verschwunden.

(Le Monde, 10.6.1988)

**ARBEITERKAMMER zur EST-Reform**

**I**n einem Gutachten zu den Reformvorschlägen des Unterrichtsministers betreffend den technischen Sekundarunterricht bestätigte die Arbeiterkammer (AK) grosso modo die Kritiken, die "forum" schon in Nr. 102 an diesem Gesetzesprojekt geäußert hatte. An erster Stelle betont die AK, der Lehrlingsmangel sei weniger auf schulische Ursachen denn auf soziale und gesellschaftliche Gründe, lies: zu niedrige Entschädigungen, zu hohe Attraktivität des Bankfachs, zurückzuführen. Sie lehnt folgerichtig eine vorzeitige Aussonderung der Schüler ab Septima und eine Spezialisierung ab der 8. Klasse unter dem Vorwand einer besseren Berufsorientierung strikt ab. Gleich-

zeitig wird eine dem technischen Unterricht eigene Definition der Bildungsinhalte und der Unterrichtsmethoden gefordert. Ein besonderes Gewicht müsse dabei den praktischen Orientierungsarbeiten für alle Schüler und einer besseren Berücksichtigung ihrer manuellen Fähigkeiten zukommen.

ff

**DOPPELTE STAATSBÜRGERSCHAFT?**

**D**er Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel (CDU) sprach sich dafür aus, bereits lange in der Bundesrepublik wohnenden Ausländern zusätzlich die deutsche Staatsbürgerschaft (doppelte Staatsbürgerschaft) zu verleihen.

**"Auch wenn sie weiterhin Griechen, Spanier oder Türken bleiben, das ist meines Erachtens völlig wurscht."**

**W**enn man heute so groß von Europa spreche, müsse man dafür sorgen, daß die Stadt der Zukunft einen Zustand der "Multinationalität" verkraften könne. Das "affektive Festklammern an der einzigen Staatsangehörigkeit" sei "nicht mehr zeitgemäß".

Publik-Forum, Nr. 11, 10.6.1988

**ROM BRICHT SCHWEIZER KIRCHENRECHT**

**D**ie Disziplinierung der Kirche mittels Ernennung konservativer Bischöfe wird vom Vatikan mit System weitergetrieben und immer weniger Hoffnungen bleiben, daß es Luxemburg besser ergehen soll. Nach den brasilianischen, den niederländischen und den österreichischen Diözesen (vgl. "forum" Nr. 32-33/1979; 79/1985; 96/1987; 98/1987) scheint es nun die Schweizer zu erwischen: Am 5.4.1988 ernannte Papst Johannes Paul II. in der Diözese Chur einen Bischof-Koadjutor mit Recht der Nachfolge. Die Proteste reichen vom Domkapitel über Priesterkonferenzen bis zur Schwyzer Kantonsregierung, von Basischristen und Laiengruppierungen ganz zu schweigen. Sie richten

sich nicht primordial gegen die Person des Ernannten, Wolfgang Haas, der dem "Opus Dei" nahesteht, sondern vor allem gegen die römische Vorgehensweise. Im Gegensatz zu den meisten Diözesen der Welt hat das Schwyzer Domkapitel nämlich ein vertraglich abgesichertes Wahlrecht bei einer Bischofsernennung. Dieses Recht wurde nun aber durch die Ernennung eines Koadjutors grob verletzt. Während nämlich die Funktion eines Weihbischofs mit dem Tod von Bischof Johannes Vonderach erloschen wäre, hat der heute 40jährige Koadjutor das Recht, dem derzeitigen Titular von Chur zu folgen. Das Wahlrecht des Domkapitels beim Tod des Bischofs wurde somit ausgeschaltet. Von einer Begründung für die Rechtsverletzung, die tiefe pastorale Wunden hinterlassen dürfte, fehlt jede Spur. Papst, Bischof und designierter Nachfolger hatten bislang nur eine Antwort auf alle Proteste: Schweigen. Das einzige Hoffnungszeichen in dieser Kirche ist das Erwachen der kirchlichen Basis.

m.p.

**PRESSE KÄMPFT UM EXISTENZ**

**U**m 34 % erhöht am 1. Juli 1988 das "tageblatt" seinen Abonnementpreis. Diese nie dagewesene Preiserhöhung beweist zur Genüge, wie es um die Überlebenschancen einer Tageszeitung bestellt ist, die nicht zum Presseimperium der Sankt-Paulus-Druckerei gehört. Rob Roemen bestätigte am 15.6.1988 im "Journal", daß es den andern Tageszeitungen nicht viel besser geht. Und die "Revue"-Aktionäre, die das Wochenblatt erst vor wenigen Monaten der Bourg-Bourger-Druckerei abgekauft haben, ansonsten sie wohl auch schon vom Markt verschwunden wäre, mußten dem Vernehmen nach schon zu einer ersten Kapitalerhöhung schreiten, weil trotz millionenschwerer Publizitätskampagne die "Télécran"-Konkurrenz nicht mehr aufzuhalten scheint. Auch beim "tageblatt"-Herausgeber "Editpress" muten vor Monaten Leute entlassen und frisches Kapital ins Unternehmen gepumpt werden, um dem Bankrott zu entgehen.

Aber die LW-Gewaltigen und ihre CSV-Akolyten kennen keine Scham. Immer noch betreiben sie das Pro-

jekt eines eigenen Radiosenders und fordern so die andern Tageszeitungen heraus, für ähnliche Unternehmen Geld locker zu machen. Offiziell wird das von den Politikern zwar als Sicherung der Interessen der Printmedien am Werbekuchen in der Radiolandschaft angepriesen. Aber längst ist gewußt, daß diese Presseorgane liebend gern auf ein Radio verzichten würden, weil die entprechenden Werbeeinnahmen einerseits zum großen Teil der gedruckten Zeitung verloren gehen werden und andererseits kaum die nötigen Ausgaben decken können. Was also als Absicherung des Pressepluralismus ausgegeben wird, ist in Wahrheit ein perfider Plan, die Existenz anderer Zeitungen neben dem "Luxemburger Wort" aufs Spiel zu setzen. "forum" hat schon nachgewiesen, daß ein solches Vorhaben mit der katholischen Lehre über die sozialen Kommunikationsmittel unvereinbar ist (Nr. 97/1988, S. 59f.). Im Ausland verbietet die Gesetzgebung meistens eine Beteiligung der Schriftpresse an Radiostationen. Warum wohl?

m.p.

## LA SOMALIE ETOUFFEE PAR L'AIDE

Naguère la Somalie était capable de produire la quasi-totalité de la nourriture dont elle avait besoin. Depuis 1975 le pays est devenu dangereusement dépendant des importations alimentaires, notamment sous forme d'aide alimentaire. C'est ce qui ressort d'une étude de la Banque Mondiale, qui confirme les analyses théoriques qui avait prédit cette catastrophe pour de nombreux pays du Tiers Monde. Entre 1980 et 1984 les importations alimentaires de la Somalie se sont accrues de 8% par an. Le pays importe jusqu'à deux tiers de la nourriture qu'il consomme.

Si l'aide alimentaire est indispensable en période de pénurie pour permettre aux groupes à faible revenu de survivre, si elle est bénéfique aussi pour la balance des paiements du pays pauvre en devises étrangères, elle est d'un effet catastrophique pour le marché agricole. L'accroissement de l'aide alimentaire donne lieu en effet à une offre excédentaire sur le marché, ce qui conduit à une baisse des prix. Or, loin d'encourager seulement la con-

sommation et partant la demande, une telle baisse décourage les agriculteurs de produire. Simultanément la consommation augmentait rapidement, à cause précisément de l'aide subventionnée, d'où la nécessité d'importer des produits alimentaires et de recourir à une aide de plus en plus volumineuse. En même temps les habitudes alimentaires des Somaliens ont changé. L'aide consistant essentiellement en blé et en riz, denrées inconnues en Somalie, vendues à bas prix aux consommateurs urbains, ceux-ci en demandent de plus en plus, délaissant les céréales traditionnelles comme le maïs et le sorgho. Et le producteur autochtone voit sa demande baisser en conséquence.

m.p. (CJN, juin 1988)

## Geschäftsverbindungen mit Südafrika.

Dorothee Sölle verwies in ihrer Rede als "Kritische Aktionärin" auf der Hauptversammlung der Dresdner Bank auf die drastisch verschärfte Situation der Schwarzen in Südafrika. Die Dresdner Bank sollte ihre Geschäftsverbindungen aufgeben. Tausende Verhaftete, Kinder in Gefängnissen, Folter und drohende Hinrichtungen ließen keinen Aufschub der Wirtschaftssanktionen zu, wie sie die katholische Bischofskonferenz im südlichen Afrika und der 'südafrikanische Rat der Kirchen' gefordert haben. Nachdem sich die US-amerikanischen und die britischen Banken aus dem Apartheid-Geschäft zurückgezogen hätten, spielten jetzt die bundesdeutschen

den "Lückenfüller". Sie verwies auf ein Gutachten des Starnberger 'Instituts für Zukunft- und Konfliktforschung', das zu dem Schluß kommt: "es bedarf nur der konzertierten Aktion einer kleinen Gruppe von Banken, die südafrikanische Regierung praktisch über Nacht in die Knie zu zwingen"

aus: Publik-Forum

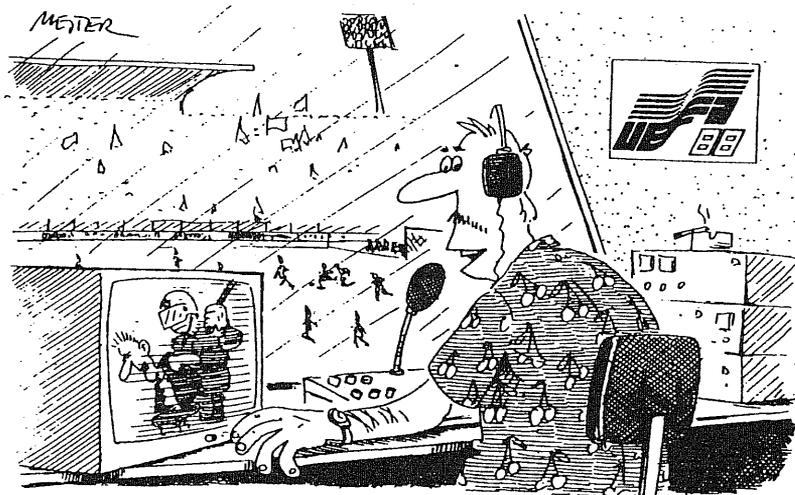
## Kolumbien, ein Land im Ausnahmezustand.

Seit 30 Jahren leben die Kolumbianer fast ununterbrochen im Ausnahmezustand, und die Situation verschlimmert sich zusehends.

Amnesty International veröffentlicht einen Bericht über das "Verschwindenlassen" von Menschen in diesem lateinamerikanischen Land und über politische Morde. Amnesty weist nach, daß die dafür Verantwortlichen in den Reihen der regulären Sicherheitskräfte und paramilitärischer Gruppen zu suchen sind, die im Auftrag der Sicherheitskräfte als "Todesschwadronen" operieren.

"forum" wird in einer späteren Nummer auf die Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien zurückkommen. Jetzt sei nur darauf hingewiesen, daß wir die Kolumbien-Kampagne, die Amnesty nun gestartet hat, voll unterstützen. Es sei auch auf die interessante Ausstellung zu diesem Thema (mit Videofilm) im Cercle aufmerksam gemacht, die leider ihre Türen schon am 22. Juni schließt, jedoch z.B. für Schulen jederzeit zur Verfügung steht.

christ



„Soeben sehe ich auf meinem Monitor, daß ein weiterer alkoholisierter Fan festgenommen wurde. Damit steht es inzwischen 276 : 198 für Deutschland!“